Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 29. Juni 1928
Freitag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Ritterstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 8937—8949. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt • Das neue Buch
Kraft und Stoff • Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif :—: :—:

67. Jahrgang
29. 6. m Nr. 299 10 Pfennig

Ferienkabinett Müller ernannt

Wissell (Soz.) Reichsarbeitsminister — Koch-Weser (Dem.) Justizminister

Der neue Reichskanzler Müller-Franken begab sich Donnerstag nachmittag, nachdem er die Zusagen der Abgeordneten Wissell und Koch-Weser für die Uebernahme der ihnen zugedachten Ministerien erhalten hatte, zum Reichspräsidenten, um ihm die bereits mitgeteilte Ministerliste zu unterbreiten. Der Reichspräsident unterzeichnete das Ernennungsdekret, worüber folgende amtliche Mitteilung ausgegeben wurde:

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler a. D., Reichsminister a. D. und Abgeordneten Hermann Müller-Franken zum Reichskanzler ernannt.

Auf Vorschlag des neuernannten Reichskanzlers hat der Reichspräsident die bisherigen Reichsminister Dr. Stresemann, Auswärtiges, Dr. Curtius, Wirtschaft, Groener, Reichswehr, Dr. Schätzel, Reichspost, in ihren Aemtern bestätigt und ferner den preußischen Staatsminister a. D., Abgeordneten Severing, zum Reichsminister des Innern, den Reichsminister a. D. Abgeordneten Dr. Hilferding, zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Abgeordneten Wissell zum Reichsarbeitsminister, den badischen Minister a. D. Abgeordneten Dietrich-Baden zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Reichsminister a. D. Koch-Weser zum Reichsjustizminister und den Geh. und Oberregierungsrat Abgeordneten v. Guérard zum Reichsverkehrsminister ernannt.

Reichsminister a. D. v. Guérard ist gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt worden.

★

Im Reichstag wirkte noch am Nachmittag die große Ueberraschung nach, die der plötzliche Kampfabbruch der Zentrumsfraktion allenthalben hervorgerufen hatte. Die Frage nach den Beweggründen des Umschwungs ist nicht leicht zu beantworten. Einigen Aufschluß gibt eine offiziöse Mitteilung der Zentrumsfraktion, die sich gegen den Vorwurf verteidigt, dem Reichspräsidenten Schwierigkeiten gemacht zu haben. Sie gibt den Vorwurf in der Form zurück, daß sie behauptet, der Reichspräsident sei über die zugrunde liegenden tatsächlichen Vorgänge bei der Regierungsbildung nicht zutreffend unterrichtet worden, und sagt dann weiter: „Weder die Zentrumsfraktion, noch eines ihrer Mitglieder hat jemals daran gedacht, dem Herrn Reichspräsidenten irgendwelche Vorschriften über die Ausübung der ihm durch die Reichsverfassung gegebenen Befugnisse zu machen. Der Vizekanzlerposten ist bei den Verhandlungen über die große Koalition von dem mit der Kabinettsbildung beauftragten Abgeordneten Hermann Müller dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion angeboten worden. Diese Tatsache berechtigte die Reichstagsfraktion des Zentrums und ihre Unterhändler zu Verhandlungen über den Vizekanzlerposten, wobei ihnen die Absicht vollständig fernlag, in die verfassungsrechtlichen Befugnisse des Herrn Reichspräsidenten einzugreifen."

Daneben ist bemerkenswert, daß der Vorstand zur Begründung seines eigenmächtigen Vorgehens in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag die Auffassung Müller-Frankens angeführt hat, ohne das Zentrum könne er keine Regierung bilden; dem habe man unbedingt Rechnung tragen müssen, selbst um den Preis eines Verzichts auf die ursprünglich aufgestellten Forderungen.

Die Reichstagsfraktion hat die Vereinbarungen, die ihre Unterhändler getroffen hatten, nachträglich gebilligt, sich aber ausdrücklich freie Hand gegenüber dem Kabinett vorbehalten. Es ist weiter zum Ausdruck gekommen, daß man das jetzige Kabinett in der Tat als Zwischenlösung betrachtet und sich keineswegs mit der gegenwärtig dem Zentrum innerhalb des Kabinetts zugewiesenen Position begnügen will. Man hat aus taktischen Gründen den Kampf abgebrochen, um ihn zu einer günstigeren Zeit wieder aufzunehmen. Dabei darf bei der Beurteilung weder der Zentrumspolitik noch der Politik der Sozialdemokraten außer Acht gelassen werden, welche außenpolitischen Aspirationen in beiden Parteien am Werke sind.

Die demokratische Fraktion hat ebenfalls den provisorischen Charakter des Kabinetts bestätigt, indem sie zwar ihren bisherigen Fraktionsvorsitzenden Koch-Weser einstimmig ermächtigte, das Justizministerium zu übernehmen, ihm aber in dem Abgeordneten Dr. Haas lediglich einen Stellvertreter für den Fraktionsvorsitz zur Verfügung stellte. Für Kochs Absichten innerhalb des Kabinetts ist es interessant, daß er sich vorher die Versicherung hat geben lassen, an dem Ausschuß für die Reichsreform beteiligt zu werden.

Bis die Berufung des Sozialdemokraten Wissell zum Arbeitsminister erfolgte, fanden mehrmalige, freilich erfolglose Versuche statt, den bisherigen Arbeitsminister Dr. Brauns zum Bleiben zu bewegen, da sehr einflußreiche Persönlichkeiten diesen Politiker im Kabinett halten wollten. Die Zentrumsfraktion hat in diesem Falle ihren Willen durchgesetzt; Herr v. Guérard wird ihr einziger Vertreter im Kabinett bleiben, bis die Frage der Reorganisation akut wird.

Es verlautet, daß für den jetzigen Zwischenzustand auch die Frage der Staatssekretäre nicht angeschnitten werden soll. Es wird jedenfalls von sozialistischer Seite versichert, vorläufig seien keine einschneidenden Veränderungen beabsichtigt.

Die Deutsche Volkspartei hielt am Nachmittag eine Fraktionssitzung ab, in der sie sich aber nicht mit der politischen Lage, sondern mit der Liberalen Vereinigung beschäftigte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Fraktion stimmte ferner einigen Steueranträgen zu, die bereits bei früheren Verhandlungen über den sachlichen Inhalt des Regierungsprogramms eine Rolle gespielt haben. Diese Anträge bezwecken **Steuererleichterungen für die mittleren Lohnsteuerstufen und für die mittleren selbständigen Einkommensteuerpflichtigen, sowie Senkung der Realsteuern.**

★

Die parteimäßige Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist folgende:

4 Sozialdemokraten: Müller-Franken, Severing, Hilferding, Wissell.
2 Volksparteiler: Stresemann, Curtius.
2 Demokraten: Koch-Weser, Dietrich-Baden.
1 Zentrum: v. Guérard.
1 Bayrische Volkspartei: Schätzel.
1 Parteilos: Generalleutnant a. D. Groener.

★

Vor einem Balle sagte einmal eine boshafte Zofe zu ihrer Herrin: „Lang hat es gedauert, aber schön sind Sie geworden, gnädige Frau." Lang hat es mit der Regierungsbildung auch gedauert, aber schön ist die Regierung trotzdem nicht geworden.

Sie hat reichlich viel Rot aufgelegt: vier Sozialdemokraten haben die wichtigsten Posten inne; sie stellen den Reichskanzler, den Innenminister, den Finanzminister, den Arbeitsminister. Das Uebergewicht der Sozialdemokratie, ihre Führung, ihre Verantwortung, ist damit in erfreulicher Weise klargestellt. Nun soll die Sozialdemokratie zeigen, was sie kann!

Die Regierung hat den Charakter eines Provisoriums, sie ist eine Urlaubsregierung, ein Ferienkabinett. Man will bis zum Herbst sehen, ob und wie man ihr durch fraktionelle Bindungen eine festere Basis geben kann, ob man nicht noch einzelne „Köpfe" auswechseln muß. Delikat ist, insbesondere im Hinblick auf Preußen, vor allem die Situation der Deutschen Volkspartei, von der Dr. Stresemann und Dr. Curtius dem neuen Kabinett angehören. Für die bayrische Volkspartei und ihren Minister Schätzel ist ein Kabinett mit Severing, Hilferding und Koch sicher auch keine Herzensangelegenheit. Mit welchen Gefühlen schließlich das Zentrum in dieses Kabinett gegangen ist, zeigt am besten eine Aeußerung der „Kölnischen Volkszeitung", daß die Zentrumsfraktion einen „Zwangsvergleich zur Abwendung des Konkurses" eingegangen sei. Seit zehn Jahren war das Zentrum niemals zahlenmäßig so schwach in der Reichsregierung vertreten wie diesmal, wo nur Herr v. Guérard als „Horchposten" (die Sozialdemokratie protestiert bereits gegen diesen Ausdruck) dem Kabinett angehört. Schon diese Tatsache allein berechtigt zu Zweifeln über die Dauer dieser Regierung. Ein Erfreuliches hat die unerquickliche Art der Bildung des Kabinetts allerdings gehabt. Joseph Wirth hat sich durch seine geschäftige Ungeschicklichkeit auch bei seinen Reichsbannerfreunden so unbeliebt gemacht, daß er hoffentlich bis auf weiteres ausgeschaltet bleibt.

Dem neuen Ernährungsminister, Dietrich-Baden, geht ein guter Ruf voraus; wir wünschen ihm gerne, daß er, auch in diesem Kabinett, Erfolge haben möge.

Im ganzen: Wir wollen abwarten, ob der „Zwangsvergleich" zur Sanierung oder zum Konkurse führt.

Dinghofer endgültig zurückgetreten

kbg. **Wien,** 28. 6. (Eigenbericht)

Heute abend ist ein Ministerrat zusammengetreten, dem ein formelles Enthebungsgesuch des Justizministers Dr. Dinghofer vorlag. Der Ministerrat hat die Demission angenommen. Zu Beginn der nächsten Woche werden die Verhandlungen über die Neubesetzung des Justizministeriums erfolgen.

Am Dienstag tritt in Wien eine Länderkonferenz der Großdeutschen Partei zusammen zwecks Stellungnahme zu dem Rücktritt des gewesenen Ministers Dinghofer.

Nettuno-Verträge und jugoslawische Krise

fr. **Mailand,** 28. 6. (Eigenbericht)

Die jugoslawische Krise wird von der italienischen Presse mit großer Zurückhaltung besprochen. Daß die Nettunoverträge noch rechtzeitig unter Dach kommen werden, scheint ja nunmehr ziemlich ausgeschlossen. Damit ist auch das Schicksal des italienisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrags besiegelt, wenn nicht eine neue Fristverlängerung von Italien gewährt werden sollte.

Die Mailänder „Sera" schreibt, daß der jugoslawische Nationalfeiertag der Erinnerung an die Schlacht von Kossowa vom Jahre 1389, an das 25jährige Regierungsjubiläum des Königs, an die Ermordung des österreichischen Erzherzogs-Thronfolgers und an die Verleihung des jugoslawischen Statuts gewidmet sei.

Die Prohibitionsfrage in Houston

tl. **New York,** 28. 6. (Eigenbericht)

Der Resolutionsausschuß des Demokratischen Parteikonvents in Houtson befaßte sich heute in stundenlangen Beratungen mit der Ausarbeitung des Parteiprogramms. Besonders heftig prallten die Gegensätze in der Frage aufeinander, welche die Stellungnahme die Partei zur Prohibitionsfrage einnehmen solle. Man einigte sich schließlich auf eine Kompromißformel, wonach es in der Plattform vermieden werden soll, die Partei für oder gegen das Alkoholverbot festzulegen.

Genf, 28. 6.

Der ständige Vertreter Kanadas beim Völkerbund hat im Ratssekretariat die Ratifikationsurkunde seines Landes zur Genfer Opiumkonvention vom Februar 1925 niedergelegt. Damit ist die für das Inkrafttreten der Konvention nötige Anzahl von sieben Ratifikationen durch Ratsstaaten erreicht. Vertragsmäßig tritt die Konvention nunmehr nach drei Monaten in Kraft.

Das polnische Kabinett vereidigt

kgb. **Wien,** 28. 6. (Eigenbericht)

Das neue polnische Kabinett ist heute mittag vom Präsidenten der Republik vereidigt worden. Der Präsident begab sich nachher nach seinem Sommersitz Spala. Marschall Pilsudski soll in den ersten Julitagen auf zwei bis drei Monate nach dem Süden gehen. Sein Zustand erfordert absolute Ruhe. Die Stellung des Außenministers Zaleski gilt als erschüttert. Gerüchte wollen wissen, daß er im Herbst als Gesandter nach London gehen wird.

Geheimsitzung und Plädoyers in Moskau

mf. **Moskau,** 28. 6. (Eigenbericht)

Die gestrige Verhandlung im Donezprozeß, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, behandelte die für die Schuldfrage wichtigen Probleme.

Nach dem offiziellen Kommunique soll Scorutto sein Geständnis einschließlich der Belastung von Rabbinowitsch aufrechterhalten haben, während Rabbinowitschs Erwiderung nicht mitgeteilt wird. Ferner soll Budny gestanden haben, als Verbindungsmann zwischen Donezingenieuren und den ehemaligen Bergwerksbesitzern 40 Briefe aus dem Auslande mit Direktiven und Geldeinlagen übermittelt zu haben. Matow leugnete die früher zugestandenen Beziehungen zu den französischen Regierungsstellen und gab zu, an französische Firmen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Informationen gegeben zu haben.

Unter ungeheurem Andrang des Publikums begannen heute vormittag die Plädoyers zunächst der vier gemäß Sowjetrecht von Arbeiterorganisationen gestellten Ankläger, deren recht allgemein gehaltenen kommunistischen Programmreden erst am Abend detaillierte Ausführungen des zweiten Staatsanwaltes Roginski und zuletzt Krylenkos folgen sollen.

Ein allzu mildes Urteil

In der am Donnerstag stattgefundenen Strafverhandlung gegen Befreier des Kommunisten Braun, beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Befreier Philipp und Seifert je 1 Jahr Gefängnis. Er hielt eine strenge Strafe für notwendig, um Nachahmern die Luft an derartigen Wildweststückchen zu verleiden. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten Philipp wegen vorsätzlicher Gefangenenbefreiung zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten und zwei Wochen Untersuchungshaft. Für den Rest der Strafe wurde ihm Bewährungsfrist in Aussicht gestellt. Der Angeklagte Seifert wurde freigesprochen. Die Haftbefehle wurden aufgehoben.

Zum Tage

Zwischen Deutschland und Spanien ist ein Abkommen für gegenwärtige Meistbegünstigung im Warenverkehr zwischen Deutschland und Spanisch-Guinea zustandegekommen.

★

Die gemeinsame Wiener Tagung der „Vereinigung der deutschen Elektrizitätswerke" in Berlin und des „Verbandes der österreichischen Elektrizitätswerke" ist feierlich eröffnet worden.

★

Der Gouverneur der Jugoslawischen Nationalbank, Ljuba Srezkowitsch, ist nach kurzer Krankheit gestorben.

★

Die Vereinigten Staaten werden dem Ersuchen der Nankingregierung, die amerikanischen Streitkräfte zurückzuziehen, nicht entsprechen.

★

Der Geheime Rat in Japan hat der Abänderung des Gesetzes zum Schutze des Staates zugestimmt, das die Todesstrafe für Personen einführt, die sich der Verschwörung gegen die Verfassung schuldig machen.

★

Die naturwissenschaftlich - mathematische Fakultät der Universität Heidelberg hat dem Forscher Sven Hedin die Würde eines Doktors der Naturwissenschaften h. c. verliehen.

„Ein Graben zwischen Elsaß und Regierung"

Resolution Walther mit 420 gegen 150 Stimmen abgelehnt — Ohrfeigen verabreicht — Zorn v. Bulach begnadigt Innere Krise vertagt

fs. **Paris,** 28. 6. (Eigenbericht)

In der Kammer kam es vor Eröffnung der Sitzung zu einem Zwischenfall. Der Abgeordnete Roux-Freissineng ohrfeigte den Abgeordneten Mollé, weil dieser in einer Provinzzeitung einen beleidigenden Artikel gegen ihn veröffentlicht habe.

Nach Eröffnung der Sitzung brachte der Abgeordnete Walther-Hagenau seine Resolution ein, worauf die Regierung den Uebergang zur Tagesordnung beantragte, da man in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen könne. Sie stellte die Vertrauensfrage. Die Diskussion verlief außerordentlich stürmisch.

Walther erklärte, das Prestige Frankreichs stände auf dem Spiel. Das ganze Elsaß erwarte die Freilassung der Abgeordneten. Wenn man seine Resolution ablehne, so werde die Elsässer Bevölkerung sich gegen die Kammer wenden, und dann werde ein Graben zwischen dem Elsaß auf der einen Seite und der Kammer und der Regierung auf der anderen Seite gezogen werden.

Als der Präsident ihn darauf aufmerksam machte, daß seine Redezeit abgelaufen sei, erklärte Walther, man verhindere die elsässischen Abgeordneten, auf der Tribüne zu sprechen. Sie würden daher anderswo reden. Als der elsässische Abgeordnete Dahlet davon sprach, daß heute die moralische Trennung zwischen Frankreich und dem Elsaß vorgenommen werde, verbot ihm der Präsident eine solche Sprache. Der Abgeordnete Reibel von der demokratisch-sozialistischen „Action" wendet sich ebenfalls gegen die Regierung, wobei die Unruhe des Hauses ständig wächst, so daß auf den Tribünen nichts mehr zu verstehen ist, auch nicht die zahlreichen Zwischenrufe Poincarés, der in große Erregung gerät.

Nachdem noch sozialistische und kommunistische Redner in die Debatte eingegriffen hatten, wird das Vertrauensvotum mit 420 zu 150 Stimmen angenommen. Sozialistische, kommunistische und Elsässer Abgeordnete stimmen gegen die Regierung, ein großer Teil der Radikalen aber für dieselbe.

Morgen wird die Abstimmung über die Regierungserklärung erfolgen und, da die Radikalen sich nunmehr entschlossen haben, für eine der Regierung genehme Tagesordnung zu stimmen, ist die innerpolitische Krise zunächst über die Ferien vertagt.

★

Baron Klaus Zorn von Bulach, der wegen Beleidigung der Behörden zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist auf Vorschlag des Justizministers vom Präsidenten der Republik begnadigt worden. Zorn von Bulach verließ heute nachmittag das Straßburger Gefängnis.

Neuer englischer Hetzfilm

sx. **London,** 28. 6. (Eigenbericht)

Der „Manchester Guardian" protestiert heute in einem Artikel gegen den neuen englischen Kriegsfilm, der das Maeterlinksche Hetzstück „Der Bürgermeister von Stilemond" verfilmt. Das liberale Blatt schreibt, es sei zu bedauern, daß nach dem Cavell-Film nun ein neuer derartiger Film herausgebracht würde. Es sei z. B. für Deutschland eine Kleinigkeit, einen Film zu produzieren, der die Zustände in Deutschland zeigte, wie sie durch die britische Blockade nach dem Waffenstillstand erzeugt wurden, einen Film von hungernden und verzweifelten Männern, Frauen und Kindern oder etwa über den Baralong-Fall.

Tennis zu Wimbledon

sx. **London,** 28. 6. (Eigenbericht)

In Wimbledon gelang es heute Fräulein Außem, die englische Veteranin Satterthwaite mit 6:4, 7:5 zu schlagen. Fräulein Außem hat begründete Aussicht, in der fünften Runde auf die Spanierin d'Alvarez zu stoßen. Die Siegerin in diesem Match wird dann in die Vorschlußrunde kommen. Die beiden übrigen deutschen Spielerinnen, Fräulein Hoffmann und Frau v. Reznicek, schieden heute aus. Fräulein Hoffmann wurde von Edginton geschlagen, Frau v. Reznicek von der holländischen Meisterin Bouman.

Frentz spielte sich heute gegen den Engländer Dicks mit 6:3, 8:6, 6:3 durch die vierte Runde hindurch. Von den Zusammentreffen mit dem Titelinhaber Cochet trennt ihn nur noch ein Match mit dem Amerikaner Hennessey, der bei seinem ersten Auftreten in Wimbledon dadurch von sich reden machte, daß er in einer unkonventionellen gestreiften Flanellhose erschien, die er jedoch auf den Protest des englischen Publikums schon für das erste Match gegen die traditionelle weiße auswechselte. Im Doppel erhielten Rahe und Kleinschroth einen walk-over.

Das interessanteste Match des Tages war das Aufeinandertreffen der beiden jungen Hoffnungen Englands und Amerikas, der beiden Junioren Austin, des 20jährigen Tenniscaptains der Universität Cambridge, und des 16jährigen Amerikaners Coen. Austin gewann mit 6:4, 3:6, 6:4, 3:6, 6:1. Der zweite amerikanische Junior Wood wurde durch Landry außer Gefecht gesetzt und v. Kehrling durch Tilden (6:2, 6:3, 6:1). Die übrigen Berühmtheiten spielten sich in die nächste Runde durch.

Schulkreuzer „Berlin" ist in Manila (Philippinen) eingetroffen. Er wird am 5. Juli nach Menado (Celebes) in See gehen.

Venizelos stürzt das Kabinett

Auflösung und Neuwahlen zu erwarten

kbg. **Wien,** 28. 6. (Eigenbericht)

In Athen hat Venizelos heute unerwartet eine Kabinettskrise herbeigeführt, die angeblich mit den Unstimmigkeiten zwischen der Nationalbank und der neuen Emissionsbank zu erklären sein soll. Der Staatspräsident, der von seinem Sommersitz zurückberufen wurde, hat heute mittag die Demission des Kabinetts entgegengenommen. Das neue Kabinett soll Venizelos bilden. Es sind Kammerauflösung und Neuwahlen zu erwarten.

Amundsen auf der Bäreninsel notgelandet?

y. **Kopenhagen,** 28. 6. (Eigenbericht)

Der Direktor des Geophysischen Instituts in Tromsö hat die Besatzung der Radiostation auf der Bäreninsel ersucht, Skitouren zu unternehmen, um festzustellen, ob Amundsen mit dem Flugzeug „Latham" eine Notlandung auf der Bäreninsel vorgenommen hat. Vor dem Aufbruch von Tromsö soll Amundsen die Bemerkung gemacht haben, wenn es notwendig sei, werde eine Zwischenlandung auf der Bäreninsel ausgeführt werden. Ein Fischer will die „Latham" am 18. Juni in sehr geringer Höhe etwa vier Meilen südlich der Bäreninsel beobachtet haben. Ein Ergebnis der Skitouren liegt noch nicht vor. In der Nähe der Insel halten sich mehrere norwegische Fischer auf, die sich an den Untersuchungen und Nachforschungen beteiligen.

★

In der Hinlopenstraße bei Nordsvalbard hat das Eis den Dampfer „Quest" gezwungen, die Wahlenbergbucht zu verlassen und nach Norden zu fahren. Längs des Landes ist fahrbares offenes Wasser. Der Dampfer „Braganza" liegt noch im Eise fest. Die Flüge zu Lundborg und dem Rest der Nobilegruppe wurden gestern durch Nebel wieder verhindert. Die Meteorologen rechnen auch für die nächsten Tage mit ungünstigem Flugwetter.

Die Ozeanflieger besuchen Irland

v. **Bremen,** 28. 6. (Eigenbericht)

Die drei „Bremen"-Flieger Köhl, v. Hünefeld und Fitzmaurice, begeben sich Anfang Juli nach Dublin, wo ihnen ein herzlicher Empfang in Aussicht steht. Frau Fitzmaurice hat sich bereits mit ihrem Töchterchen Patrizia in Bremerhaven an Bord des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „München" begeben, um nach Queenstown, ihrer irischen Heimat, zurückzukehren.

★

Hauptmann Köhl hat gebeten, der Oeffentlichkeit seinen und seiner Kameraden herzlichen Dank für die zahllosen Kundgebungen zu übermitteln, die ihm und seinen Kameraden täglich aus allen Kreisen des deutschen Volkes zugehen.

22 Tote bei dem englischen Eisenbahnunglück

sx. **London,** 28. 6. (Eigenbericht)

Die Zahl der Todesopfer des Eisenbahnunglücks bei Darlington hat sich auf 22 erhöht. Die Toten befanden sich sämtlich im zweiten Wagen, der von dem ersten Wagen buchstäblich zerdrückt wurde. 13 von ihnen stammten aus einem kleinen Bergarbeiterdorf in Durham. Sie befanden sich auf einer von der Kirche organisierten Ausflugspartie an die See.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	28. 6.	27. 6.
Tägl. Geld	7½ %	7½ %
Bankakzepte (90 Tage) B	4¾ %	4¾ %
do. do. G	4¾ %	4¾ %
Pa. Handelsw. niedrig. Kurs	4¾ %	4¾ %
do. höchster	4¾ %	4¾ %
Berlin Mittelk.	23,90	23,90½
„ bez.	—,—	—,—
London Kabel Tr.	4,87 11/16	4,87 9/16

	28. 6.	27. 6.
London 60 T.	4,83 11/16	4,83 11/16
Paris	3,93	3,93½
Brüssel	13,96½	13,96
Amsterdam	40,29	40,27½
Zürich	19,28½	19,29
Oslo	26,77	26,76½
Kopenhagen	26,78½	26,78
Prag	2,96½	2,96½
Rom	5,26	5,25½
Madrid	16,49	16,52
Silber	59¾	60⅛

New Yorker Börse

	28. 6.	27. 6.
Baltimore & Ohio	108½	108
Canad. Pacific	202	201
Chesapeake & Ohio	181	180¾
ChicagoMilwaukee	34½	33½
Erie	52¾	52½
MissouriPacif.pref	116½	116
Pennsylvania	64½	64
Southern Pacific	120½	120½
Union Pacific	194½	193½
Bethl. Steels	55½	55
General Electric	149½	148½
General Motors	186½	179½
Intern. Harvester	269	260
Standard Oil N. J.	43½	43½
Studebaker	—	—
U. S. Steel Corp.	137½	137½
4½ St. Louis Prior.	88½	88
6½ Berl. Std. Elek.	95	94½
6½ Elektrowerke 50	—	97½
6½ % A. E. G. 1945	—	—
7 Rentenbk. Kredit	99½	99

	28. 6.	27. 6.
6½ do. Ser. II	90½	90
6½ % Hapag	99	99
7½ Karstadt m. Opt.	117	118
7½ Miag m. Opt.	—	—
7½ Rh.-Elbe-Union	—	108
6½ Rh. Westf. Elek.	91½	91
7 Rh. W. El. 1950	101½	101½
6½ Siem. u. H. 1951	—	—
7½ Leonh. Tietz	—	—
6½ Ver. Stahlw. A. G.	92½	92½
7 Oest. Völkerbd.	102½	100
6½ Bayr. Staatsanl.	97½	97½
6½ Berl. Stadt 25	—	98½
7 Bremer Anleihe	100½	100½
7½ Rep. Dawes Anl.	106½	106½
7 Dt. Kom. Verb. 47	98½	101½
6½ Hamb. Staats.	—	97½
5 Mex. Ausl. v. 99	—	—
4 Mex. Gold v. 04	—	—
6½ % Preuß. Staats	96½	96½

New York, Produktenmarkt

	28. 6.	27. 6.
Kaffee Santos	23,75	23,75
„ Rio loko	15,75	15 13/16
„ Juli	15,14	15,17
„ Septbr.	15,34	15,40
„ Dezbr.	15,62	15,62
„ März 1929	15,56	15,62
„ Mai	15,50	15,46
Baumwolle loko	23,00	22,65
„ Juli	22,50	22,13
„ August	22,51	22,15
„ Septbr.	22,60	22,20
„ Oktbr.	22,71	22,34
Zufuhr	5 000	4 000
Kupfer elektr.	14,75	14,75
„ 30-90 Tage	14,80	14,80
Zinn	47,12	47,00
Blei	6,30	6,30
Zink	6,20	6,20
Roheisen p. Bahn	20,45	20,45

	28. 6.	27. 6.
Roheisen p. Schiff	—,—	—,—
Weißblech	5,25	5,25
Schmalz West.	12,75	12,80
Talg extra lose	8,25	8,25
Bw. Saatöl loko	10,20	10,25
„ Juli	—,—	10,26
„ Aug.	10,60	10,50
Petrol. Stand. wh.	17,40	17,40
„ Fässern	14,00	14,00
„ Midcontinent	1,19	1,19
Pennsylv. Rohöl	3,05	3,05
Zucker Juli	2,49	2,49
„ Sept.	2,62	2,61
„ Dezbr.	2,73	2,69
Kautsch. crepe	19,25	19,62
„ sheet	19⅝	19,37
Terpentin	57,00	57,00
„ Savannah	50,75	51,00
Baumw. N. Orl.	22,80	22,42

	28. 6.	27. 6.
Weizen, rot.	179½	179½
Hartwinter	154½	154½
Mais, loko	117⅝	115½

	28. 6.	27. 6.
Mehl, Sp.	6,35–6,75	6,35–6,75
Getrfr. Engl.	1/3–2/0 sb	1/3–2/0 sb
Kontinent	8–9 cts	8–9 cts

Chicago, Produktenmarkt

	28. 6.	27. 6.
Weizen Juli	136½	136½
„ Septbr.	139½	138½
Mais Juli	105½	103½
„ Septbr.	100½	99½
Hafer Juli	54½	55
„ Septbr.	45½	45½
Roggen Juli	119	120
„ Septbr.	116½	116½
Schmalz Juli	12,02½	12,10

	28. 6.	27. 6.
Schmalz Septbr.	12,37½	12,47½
Rippen Juli	12,50	12,40
Speck	12,75	12,50
Leichte Schweine niedr.	9,10	9,25
Leichte Schweine höchst	10,75	10,85
Schwere Schweine niedr.	9,75	—,—
Schwere Schweine höchst	10,75	—,—
Zufuhr Chicago	30 000	19 000
Zufuhr Westen	70 000	75 000

Frankreichs neue Saarpolitik

Zur Heidelberger Tagung des Bundes der Saarvereine

Mit großen Hoffnungen und noch größeren Worten sind die Franzosen 1919 und 1920 ins Saargebiet eingezogen. Die Kohlenförderung wollten sie binnen zehn Jahren auf 20 Millionen Tonnen steigern, aus der Saarkohle einen erstklassigen Hüttenkoks herstellen, was den stümperhaften Preußen nie gelungen war, musterhafte soziale Verhältnisse schaffen, die vom „preußischen Joch" befreite Bevölkerung mit den Segnungen der gallischen Kultur beglücken und schließlich nicht nur im Lande, sondern auch in den Herzen seiner Bewohner festen Fuß fassen, um eines Tages unter Jubel und Fanfarengeschmetter die Trikolore entfalten zu können.

Es ist anders gekommen. Die Saargruben halten sich mühsam etwa auf der Höhe der Vorkriegsförderung, während andere Kohlenreviere diese längst überschritten haben, der ideale Hüttenkoks ist immer noch ein Zukunftsproblem, die französischen Ingenieure haben sich nicht, wie Herr Engerand 1921 emphatisch verkündete, als „die besten Botschafter Frankreichs" erwiesen, und auch die „liebe, kleine Frankennote" hat nicht die politische Anziehungskraft entwickelt, die man ihr 1923 zusprach. Die Wirtschaft des Landes lebt auf Kosten Deutschlands, das den Hauptteil der Produktion zollfrei aufnimmt, desgleichen die öffentlichen Finanzen, um die es ohne die hohen deutschen Millionenzuschüsse zu Kriegsbeschädigtenrenten, Pensionen und Sozialrenten schlimm bestellt wäre. Von dem sozialen Paradies merkt die Arbeiterschaft nichts, wohl aber von gedrückten Löhnen, Entlassungen und rückständiger Sozialgesetzgebung. Und was das geistig-kulturelle und politische Gebiet betrifft, so ist die Ablehnung des französischen Liebeswerbens im neunten Jahre genau so bestimmt und allgemein wie im ersten. Das französische Propagandablatt „Neuer Saar-Kurier" nebst seinen Ablegern ist vor Jahren verschwunden, und die französischen Grubenschulen sehen trotz einer mit Drohungen und Versprechungen arbeitenden Propaganda die Zahl ihrer Schüler immer mehr zurückgehen. Neun Jahre haben eben kristallklar die einfache, 1919 von den Franzosen verdunkelte Wahrheit herausgearbeitet, daß das Saargebiet durch und durch deutsch ist und von Frankreich nichts wissen will.

★

Nur einige Käuze wollen Frankreichs Partie an der Saar noch nicht verloren geben, so ein Publizist namens Jean Revire und der Generalsekretär der Saargruben Raspail. Im übrigen aber geben sich selbst die ärgsten Nationalisten keiner Täuschung mehr darüber hin, daß für Frankreich an der Saar politische Geschäfte nicht zu machen sind. Wenn aber das Land nicht französisch werden könne, dann dürfe es wenigstens nicht wieder mit Deutschland vereinigt werden, so lautete die erste Folgerung, die man aus dieser Erkenntnis ziehen zu sollen glaubte. Dementsprechend wurde, zeitlich und sachlich im Zusammenhang mit den separatistischen Umtrieben im Rheinland, die Parole der Saarautonomie — „das Saarland den Saarländern" — ausgegeben. Man arbeitete hierbei mit dem Mittel der Täuschung, indem man die Bevölkerung glauben zu machen suchte, sie könne sich nach dem Versailler Diktat auch für Autonomie entscheiden. Tatsächlich spricht aber das Diktat von „Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung", und diese Rechtsordnung ist das gerade Gegenteil von Autonomie und Fremdherrschaft. Der eigentliche, nicht ausgesprochene Zweck dieser Propaganda war natürlich, Frankreich den endgültigen Besitz der Saargruben zu verschaffen. Auch diese Bestrebungen sind schon vor Jahren an der Ablehnung der Bevölkerung zerschellt, äußerlich erkennbar an dem Zerplatzen des separatistischen Saarbundes und seiner Nebenorganisationen. Nur in einigen Köpfen scheint der Autonomie-Gedanke noch zu spuken, so in dem des französischen Regierungskommissionsmitgliedes Morize.

★

Nach längerer Pause kristallisiert sich nun in Frankreich allmählich ein neues Programm heraus, noch nicht einheitlich und durchgearbeitet, auch wohl von verschiedenen Seiten ausgehend, aber in den Grundlinien deutlich genug erkennbar. Es läßt sich dahin zusammenfassen, daß Frankreich mit der politischen Rückgabe des Saargebiets an Deutschland ohne Volksabstimmung einverstanden ist, dafür aber seine wirtschaftliche Vorzugsstellung, die im Besitz der Gruben, in französischen Industriebeteiligungen und in der Zollunion mit dem Saargebiet besteht, in irgendeiner Form behalten will, sei es für bestimmte Zeit, sei es für immer. Ein Kongreß französischer Wirtschaftler im Herbst 1927 in Saarbrücken leitete dieses Programm ein, eine Reihe von Zeitungsartikeln setzte es fort, und eine vor wenigen Wochen gegründete „Association française de la Sarre" machte es zu ihrem Vereinsprogramm. Im einzelnen bestehen Verschiedenheiten. Ein Artikel des „Temps" vom 29. April legt den Wert mehr auf das Interesse der französischen Gesamtwirtschaft an der Erhaltung des Saargebiets als Absatzmarktes, besonders für Elsaß-Lothringen, die neue Vereinigung scheint sich mehr an den Saargruben zu interessieren. Sie will diese einer französischen Privatgesellschaft übertragen und den Reingewinn den französischen Kriegsbeschädigten zugewiesen sehen. Dieser Plan wird als „Realpolitik" bezeichnet.

Gegenüber diesen neuen Gedankengängen bedarf es zunächst zweier Richtigstellungen. Einmal ist es ein gewaltiger